

Frisch, Alfred

Article — Digitized Version

Dezentralisierung und Raumordnung in Frankreich

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Frisch, Alfred (1962) : Dezentralisierung und Raumordnung in Frankreich, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 42, Iss. 11, pp. 501-504

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133263>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Dezentralisierung und Raumordnung in Frankreich

Alfred Frisch, Paris

Am Anfang der französischen Gedanken über eine Raumordnung stand die Notwendigkeit zur Dezentralisierung, etwas verspätet entdeckt nach Beendigung des zweiten Weltkrieges, als Frankreich durch die Not gezwungen war, sich vielleicht zum ersten Mal eine Wirtschaftspolitik im eigentlichen Sinne zu geben. Es durfte sich nicht mehr, wie es früher der Fall war, mit der Steuer-, Finanz- und Kreditpolitik begnügen. Im Augenblick, da sich ein staatliches Planungsausschuss mit der langfristigen Modernisierung und Expansion des Produktionsapparates, sei es auch in sehr liberaler Form, befaßte, mußte es sich bald Gedanken über das mangelnde Gleichgewicht zwischen den einzelnen Bezirken des Landes machen und der Regierung eine Abkehr von der jahrhundertealten Zentralisierungspolitik empfehlen. In sehr künstlicher Form war um Paris eine Zusammenballung aller Kräfte entstanden, verstärkt und unterstützt durch die Tatsache, daß sich in näherem Umkreis der französischen Hauptstadt das fruchtbarste Ackerland mit den reichsten Getreidebauern befindet. Die Zentralisierung des öffentlichen Lebens, von der Regierungsgewalt bis zum Schulwesen, von den Behörden bis zu den Aktiengesellschaften, die ihren Sitz meistens nur in Paris haben konnten, selbst wenn ihre Fabrikanlagen sich irgendwo in der Provinz befanden, war ein entscheidendes Hindernis für jede Raumordnung; denn es wäre kaum denkbar gewesen, irgendeinem Provinzbezirk neues Leben einzuflößen, solange die offizielle Pariser Monopolstellung aufrechterhalten bleibt.

Dezentralisierung und zentralistischer Geist

Daher erschien es erforderlich, Frankreich zunächst einmal mit der Dezentralisierung theoretisch und praktisch vertraut zu machen, um auf diese Weise einer Politik der Raumordnung den Weg zu öffnen. Diese Bemühungen kamen übrigens noch nicht über ein Anfangsstadium hinaus. Gewiß, man spricht heute in Frankreich viel von regionaler Entwicklung, es geschieht auch nicht wenig, um neue Industriezonen entstehen zu lassen und die Betriebe des Pariser Beckens zu dezentralisieren, an der inneren Struktur des Landes hat sich jedoch bisher nicht allzuviel geändert. Es gibt noch keine wirklich befriedigende Gemeindeautonomie. Noch stärker mangelt es an der wirtschaftlichen Entscheidungsfreiheit der einzelnen Bezirke. Die Präfekten sind weiterhin Werkzeuge der Pariser Regierung. Im ganzen Lande beginnen die Schulferien am gleichen Tage. Das Unterrichtsprogramm ist restlos zentralisiert, bis zur kleinsten Prüfung. Die regionalen Börsen besitzen neben dem Pariser Platz wenig Gewicht. Vor kurzem entstand allerdings eine erste Investmentgesellschaft, die sich das Ziel gab, ihr Kapital in Aktien, die nur an den Provinzbörsen gehandelt werden, anzulegen.

Aus all diesen Gründen ist Frankreich von einer Raumordnung noch ziemlich weit entfernt, ebenso von

einer hiermit verbundenen grundlegenden Dezentralisierung. Die öffentlichen und privaten Bemühungen dienen vor allem der Beseitigung von Notstandsgebieten und der Schaffung oder der Entwicklung von wirtschaftlichen Schwerpunkten außerhalb des bisher üblichen Rahmens, mit der Hoffnung, daß in einer späteren Phase auf Grund der erzielten Ergebnisse eine dezentralisierende Raumordnung möglich wird. Im folgenden seien zunächst die regionalen Ungleichheiten innerhalb Frankreichs mit ihren Ursachen erläutert. Der zweite Teil der Untersuchung soll sich dann eingehender mit den Bemühungen um Dezentralisierung und Raumordnung befassen.

Industrie- und Verkehrszentren

Bis in die jüngste Vergangenheit besaß Frankreich den Aufbau eines Agrarlandes mit Industrien an wenigen Brennpunkten, sei es rein organisatorisch-politisch bedingt wie im Pariser Becken, sei es neben Energiequellen, d. h. den Kohlengruben Mittelfrankreichs, Nordfrankreichs und Lothringens sowie der Wasserkraft der Alpen und der Pyrenäen. Dabei ist zu bemerken, daß Lothringen seinen industriellen Aufstieg so gut wie ausschließlich der Nachkriegszeit verdankt. Das große Hindernis lag lange bei der Qualität der Kohle, die sich nicht ohne weiteres verkoken läßt. Das geographisch-industrielle Bild Frankreichs veränderte sich übrigens in der Nachkriegszeit ziemlich stark. Die Erdölraffinerien an der Küste, sowohl bei Marseille wie bei Rouen und Le Havre, schufen neue industrielle Möglichkeiten, besonders in Zusammenhang mit der Erdölchemie. In Lothringen entstand, teilweise nach dem Muster der Ruhr, eine aktive Kohlechemie bei gleichzeitiger Konzentration der Expansion der Stahlwerke auf diesen Bezirk. Die Alpengegend von Lyon und Grenoble erlebte ihrerseits einen etwas unerwarteten Auftrieb, vielleicht weniger infolge billiger Wasserkraft als dank einer gewissen natürlichen Anziehungskraft der beiden Städte, die manches zu bieten haben. Außerdem fanden die Betriebe dort zuverlässige Arbeitskräfte bei günstigen Verkehrsbedingungen. Die jüngste Umgestaltung der französischen Wirtschaftsgeographie ist dem Erdgaslager von Lacq zu verdanken. Am Pyrenäenrand entstand so eine leistungsfähige Erdölchemie und eine bedeutende Aluminiumindustrie.

Ganz allgemein darf man feststellen, daß es dank eines Erdgasnetzes, das fast das ganze Land erfaßt, sowie dank der elektrischen Energie und des Erdöls mit zunehmendem Rohrleitungsnetz in Frankreich im Gegensatz zur Vergangenheit kaum noch ein regionales Energieversorgungsproblem gibt. Vor allen Dingen besteht keinerlei Veranlassung mehr, neue Fabriken aus irgendeinem Grund nach Paris zu legen. Ein schwacher Punkt bleibt allerdings das Verkehrsnetz, das, besonders was die Schiene betrifft, aber auch die Straße, zu stark nach der Hauptstadt hin ausgerichtet

ist. Niemand wagte bisher, diesen heiklen und entscheidenden Punkt der Raumordnung in Angriff zu nehmen, weil er mit sehr erheblichen Kosten verbunden ist. Das Elektrifizierungsprogramm der Eisenbahn blieb bisher weitgehend in alten Bahnen. Das gleiche gilt für den Bau von Autostraßen, sieht man von einigen Ausnahmen zwischen dem lothringischen Industriebecken und dem Rhein ab. Einige Bemühungen verdienen allerdings Erwähnung. Sie betreffen die Querverbindungen zwischen der französischen Provinz sowohl für den Güter- wie auch für den Personenverkehr auf der Schiene, z. B. zwischen Nordfrankreich und Lothringen, ferner zwischen Bordeaux und Nantes längs der Küste sowie zwischen Lyon und Bordeaux oder Nantes. Es verbleibt aber die Tatsache, daß von Paris aus das Land viel leichter zu bearbeiten und verkehrsmäßig zu erfassen ist als von jeder anderen Stadt.

Strukturelle Notstandsgebiete

Die strukturelle Veränderung der Nachkriegszeit brachte nicht nur neue und in mancher Beziehung hoffnungsvolle Schwerpunkte oder Entwicklungspole, sondern auch Notstandsgebiete als Folge einer sich aus der allgemeinen Entwicklung ergebenden Umstellung: Zurückdrängung der Textilindustrie, verschärfte Konkurrenz mit Stilllegung von nicht anpassungsfähigen Kleinbetrieben (für Textilien z. B. in den Vogesen), Erschöpfung der Kohlenvorräte Mittelfrankreichs und teilweise auch Nordfrankreichs.

Diese industriellen Notstandsgebiete verteilen sich auf das ganze Land und bilden meistens verhältnismäßig kleine Inseln, die mitunter mit gewöhnlichen Mitteln und schnell beseitigt werden könnten, besäße die französische Bevölkerung ein Mindestmaß an Beweglichkeit und gäbe es nicht das Hindernis der Wohnungskrise, das vielen gegenüber jeder örtlichen Veränderung als bequemes Alibi dient. Unweit der notleidenden Täler der Vogesen beginnt der aufstrebende lothringische Industriebezirk, unweit der um ihre Kohlegrundlage gebrachten Stadt Saint-Etienne der Rhône- und Alpenbezirk. Noch bezeichnender sind die Verhältnisse längs der belgischen Grenze, wo Wohlstand und Notstand miteinander abwechseln, wo an einem Ort eine Fabrikschließung infolge Konzentration, Rationalisierung oder besserer Arbeitsteilung fast unlösbare Probleme schafft, während in unmittelbarer Nachbarschaft Arbeitermangel herrscht. Es ist bezeichnend, daß es wegen der unvermeidlichen Schließung einer nicht mehr rationellen Kohlegrube in der mittelfranzösischen Stadt Decazeville zu einem dramatischen Dauerstreik kam, obwohl Grubenarbeiter dringend in Nordfrankreich und in Lothringen benötigt werden, die Mehrheit der Belegschaft in Mittelfrankreich jedoch ihre Verpflanzung verweigerte.

Neben diesen eigentlichen Notstandsgebieten gibt es in Frankreich zwei weitere Kategorien, die bei einer Raumordnung Berücksichtigung zu finden haben, nämlich die unterentwickelten Landbezirke und die überbevölkerten landwirtschaftlichen Gegenden. Überbevölkert ist vor allem die Bretagne und ein Teil der Normandie.

Der gegebene Engpaß ist landwirtschaftlicher Art. Der teilweise arme Boden reicht schon lange für eine Bevölkerungsentwicklung, die stets stürmisch war, nicht mehr aus. Außerdem ist das Ackerland bei wenig rationaler Ausrüstung unglaublich zersplittert. Seit Jahrzehnten wandert der Bevölkerungsüberschuß der Bretagne nach Paris, ohne daß sich die Wirtschaftslage dieses Gebietes auch nur einigermaßen verbessert hat.

Eine Lösung wird zur Zeit auf zwei verschiedenen Wegen gesucht: die Umsiedlung der Bauern Südfrankreichs, die lediglich in beschränktem Umfang möglich ist, und die Errichtung von Industrien, damit die Arbeitskräfte an Ort und Stelle sowohl umgeschult wie beschäftigt werden können. Es war verhältnismäßig leicht, in der Stadt Rennes ein Industriezentrum entstehen zu lassen, es ist schwieriger, die bretonischen Küstengebiete industriell zu beleben, zumal da gleichzeitig das strukturelle Absterben von kleineren Textil- und Schuhfabriken ausgeglichen werden muß. An Plänen mangelt es nicht, nur ist weder die Energieversorgung noch die Verkehrslage der Bretagne besonders günstig. Es wäre denkbar, dort eine umfassende Konservenindustrie für den Gemeinsamen Markt entstehen zu lassen. Die französische Konservenindustrie ist bei ihrer gegebenen Zersplitterung einer derartigen Aufgabe jedoch kaum gewachsen. Wahrscheinlich ist der Bretagne lediglich über eine europäisch orientierte und geförderte Regionalpolitik zu helfen.

Die unterentwickelten Bezirke

Schließlich verdienen die traditionell unterentwickelten Bezirke Frankreichs mit meistens schwindender Bevölkerung Erwähnung. Sie bedecken einen guten Teil des Landes, im Osten vom Rande Burgunds und der Champagne bis zu den Ardennen und der belgischen Grenze, im Herzen Frankreichs vom Gebirgsmassiv der Auvergne bis zu den Pyrenäen und zum Mittelmeer, im Westen von den Pyrenäen und dem Atlantik bis nach Toulouse und an den Rand der Bretagne. Die Rebenfelder der südfranzösischen Ebene sind, von den Großgütern abgesehen, von zweifelhafter Rentabilität. Ohne kostspielige Bewässerungsanlagen ist aus dem dortigen Boden nicht viel herauszuholen. Südwestfrankreich erlebte zusammen mit dem Hafen Bordeaux einen bedenklichen wirtschaftlichen Abstieg, der neuerdings durch das Erdgasvorkommen von Lacq etwas ausgeglichen wird.

Im letzten Jahrhundert erfolgte zu einem guten Teil die Übersiedlung der Bauern aus dem ertragsarm gewordenen mittel- und südfranzösischen Raum nach Algerien. Jetzt kehren aus Nordafrika diese Bauern wieder in dieselbe Gegend zurück, wo es ihnen zweifellos gelingen wird, mit modernen Methoden und viel Düngemitteln aus dem Boden weit mehr als vor hundert Jahren herauszuholen. Die Rückwanderung aus Nordafrika dürfte nicht unerheblich zu einer Belebung Südfrankreichs beitragen.

Man darf aber die Entwicklungsmöglichkeiten traditionell zurückgebliebener Bezirke nicht überschätzen,

denn ihre Notlage ist meistens wirtschaftlich bedingt und kein Ergebnis des Zufalls oder einer zentralisierenden Willkür. Auf dem kahlen Plateau von Langres, in Ostfrankreich, läßt sich wirtschaftlich ebenso wenig erreichen wie an den Ausläufern der Ardennen. Das mittelfranzösische Gebirgsmassiv eignet sich normalerweise für keine Industrialisierung. Seine Hoffnungen liegen vorwiegend im Fremdenverkehr, der noch völlig unterentwickelt ist, und in der Viehzucht. Verlassene Dörfer und sich ausdehnendes Brachland sind nicht notwendigerweise Anzeichen einer bevölkerungsmäßigen und wirtschaftlichen Dekadenz, sie können auch die Folge eines sich anderswo entwickelnden Wohlstandes sein, der den Menschen gestattet, sich aus zu engen Lebensverhältnissen zu befreien, die eine Folge natürlicher Gegebenheiten sind.

Wirtschaftlich-regionales Kräfteverhältnis

Dieser Katalog der Notstandsgebiete zeigt die Grenzen einer französischen Politik der Dezentralisierung und Raumordnung. Wo Industrien infolge der Entwicklung — Konzentration, internationale Konkurrenz, technischer Fortschritt, usw. — verschwinden mußten, lassen sie sich ohne weiteres über Dezentralisierung und Raumordnung ersetzen. Das Vorhandensein einer dichten Bevölkerung mit zahlreichen überschüssigen Arbeitskräften dürfte bei den heutigen Verhältnissen trotz anderer ungünstiger Standortbedingungen eine Industrialisierung ermöglichen. Die moderne Agrartechnik erlaubt, auf manchen Gebieten das Brachland zu beseitigen und neuen Wohlstand zu erschließen. Für lokale Industrialisierungsbemühungen haben Wasser, Gelände, günstige Verkehrsbedingungen und Arbeitskräfte als wertvolle Aktiva zu gelten.

In großen Zügen bedeutet dies, daß Dezentralisierung, Raumordnung sowie nicht zuletzt europäische Regionalpolitik der Bretagne, Nordafrika, dem Elsaß, dem Rhonetal, den Bezirken von Bordeaux und Toulouse sowie einem Teil der südfranzösischen Ebene helfen können. Das gilt aber nur begrenzt für die mittel- und ostfranzösischen Notstandsgebiete.

Es mag aufschlußreich sein, auf Grund des Durchschnittseinkommens pro Einwohner ein Bild des wirtschaftlich-regionales Kräfteverhältnisses zu vermitteln. An der Spitze befanden sich 1958 über dem französischen Durchschnittseinkommen von 2512 NF der Pariser Bezirk mit 3752 NF, gefolgt von dem nördlichen Teil der Normandie mit 2587 NF, Nordfrankreich, dem Rhône-Alpenbezirk und Lothringen mit jeweils etwas über 2500 NF. Eine zweite Gruppe befindet sich leicht unter dem nationalen Durchschnitt mit dem Elsaß, der Champagne, der Picardie (Departements Oise und Somme) sowie der Franche-Comté (Besançon und Belfort). Ein Einkommen zwischen 2100 und 2210 NF weisen die Bezirke Auvergne, Languedoc, Provence, Centre (Orléans bis Tours), Bourgogne und der südliche Teil der Normandie auf. In der letzten Gruppe mit dem niedrigsten Einkommen (1838 bis 2014 NF) befinden sich die Gebiete an der Loiremündung, Aquitanien (Bordeaux), Pyrenäen, Limoges, Poitiers und Charente sowie die Bretagne.

Gesetzliche Maßnahmen

Die gesetzlichen Maßnahmen zugunsten der Dezentralisierung und Raumordnung waren im letzten Jahrzehnt recht zahlreich. Frankreich wurde in 21 Bezirke der regionalen Aktion aufgeteilt. Die dort entstehenden oder noch zu bildenden wirtschaftlichen Expansionsausschüsse können als Vereinigungen öffentlichen Nutzens anerkannt werden, was ihnen eine nicht geringe finanzielle und auch verwaltungsmäßige Beweglichkeit gibt. An ihrer Spitze befinden sich häufig ehemalige französische Ministerpräsidenten oder Minister. Das unterstreicht die Bedeutung dieser Einrichtungen. Sie sind in einem Nationalrat der Regionalwirtschaft für einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch zusammengefaßt.

Parallel hierzu laufen verschiedene Maßnahmen zur Dezentralisierung des Pariser Bezirkes. Ohne Bewilligung des Wohnungsbauministeriums können bestehende Anlagen nicht um mehr als 10% erweitert und dürfen keine neuen Fabriken für mehr als 50 Arbeiter oder mit mehr als 500 qm gebaut werden. Diese Bestimmungen wurden anschließend auf kaufmännische Räume sowie auf wirtschaftliche und technische Anlagen ausgedehnt. Es besteht ferner ein Plan zur Dezentralisierung verschiedener staatlicher Dienste und Einrichtungen. Seine Verwirklichung stößt allerdings infolge der kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Anziehungskraft von Paris auf erhebliche Schwierigkeiten. Andererseits erhalten diejenigen Firmen, die industrielle Räume oder Büros im Pariser Bezirk freigeben, eine Prämie von 50 bis 200 NF pro qm. Wer neue Anlagen schafft, muß eine gleich hohe Abgabe bezahlen.

Die Dezentralisierungsprojekte und die Errichtung neuer Fabriken in kritischen Zonen oder Notstandsgebieten werden außerdem vom Staat seit 1954 in verschiedenster Form unterstützt. Staatliche Finanzinstitute gewähren Anleihen mit einer Laufzeit von 7 bis 15 Jahren und einem Zinssatz von 6%. Hierzu kommen Zinsbonifikationen verschiedenster Art, Staatsgarantien für Obligationenanleihen, vor allem der regionalen Entwicklungsgesellschaften, Verringerung der Gewerbesteuer durch die lokalen Instanzen um 15% während einer Frist von fünf Jahren, restlose Finanzierung der erforderlichen Berufsschulung oder Umschulung der Arbeitskräfte und nicht zuletzt eine besondere Ausrüstungsprämie. Sie wird nur für Vorhaben gewährt, die mindestens 20 Arbeitsplätze schaffen, und erreicht zwischen 15 und 20% der Gesamtinvestitionen mit einem Höchstbetrag von 7500 NF für jeden geschaffenen Arbeitsplatz.

Hierzu kommen weitere lokale Erleichterungen. Die regionalen Entwicklungsgesellschaften haben die Möglichkeit, langfristige Kredite und Bankgarantien zu gewähren oder sich an Vorhaben zu beteiligen. Die Gemeinden bereiten teilweise mit staatlicher Hilfe Industriezonen vor und stellen nicht nur das Gelände, sondern mitunter auch Gebäude zu günstigen Bedingungen zur Verfügung. Neuerdings errichtet der Staat leichte, vorgefertigte Fabriken, die über Miet-Kauf-

verträge einzugsfertig den Industrieunternehmen überlassen werden. Auf diese Weise verringert sich die Investitionslast nicht unerheblich. Andere Anreize ergeben sich aus Vorzugstarifen für die Eisenbahn oder auch für die Energieversorgung, besonders mit Naturgas, dessen Preis elastisch gehandhabt wird.

Begrenzte Ergebnisse der Raumordnungspolitik

Aber in all diesen Maßnahmen muß man jedoch vorläufig noch weitgehend Stückwerk sehen, mit dem Bestreben, die Dezentralisierung zu fördern und Notstandsgebiete zu beseitigen, ohne daß von einer wirklich umfassenden und zielbewußten Politik der Raumordnung die Rede sein könnte. Gewiß, die Grundlagen hierfür sind durch die regionalen Wirtschaftsausschüsse und Entwicklungsgesellschaften geschaffen. Auch der französische Wirtschaftsplan beschäftigt sich zunehmend mit regionalen Fragen. Aber die Abstimmung aller Maßnahmen auf die Raumordnung ist noch lange nicht erreicht, vor allem nicht in der Verkehrspolitik, aber auch nicht für das Erziehungswesen oder die Kulturpolitik. Es mangelt an Impulsen, um der französischen Provinz ein selbständiges Leben zu geben. Solange es für einen Universitätsprofessor eine gewisse Geringschätzung bedeutet, wenn er über Provinzuniversitäten — selbst wenn sie angesehen sind — nicht hinauskommt, wenn ihm der Sprung nach Paris nicht gelingt, dürfte es kaum möglich sein, die französische Elite in den freien oder technischen Berufen dazu zu bewegen, sich in kleineren oder mittleren Provinzstädten niederzulassen. Die Raumordnung benötigt nicht nur einen wirtschaftlichen und organisatorischen, sondern auch einen geistig-kulturellen Unterbau, der in Frankreich während der letzten zwei Jahrhunderte in einem für deutsche Verhältnisse unvorstellbaren Ausmaß verlorenging.

Abschließend seien einige Ergebnisse der Raumordnungspolitik dargestellt, soweit sie nicht schon Erwähnung fanden. Bis 1961 gab der Staat für Dezentralisierung und Entwicklung in Form von langfristigen Anleihen und Subventionsprämien 450 Mill. NF aus. Ein nationaler Fonds für Raumordnung verfügt über einen Kredit von 250 Mill. NF, während ein Dreijahresprogramm zur Modernisierung der Landwirtschaft eine Investition von 1,73 Mrd. NF gestattet. Die regionalen Entwicklungsgesellschaften brachten zwischen 1957 und 1961 auf dem Kapitalmarkt Obligationen anleihen im Werte von 400 Mill. NF unter. Während 1954 von den neu errichteten Industrie- und Büroräumen noch 33,3% auf den Pariser Bezirk entfielen, waren es 1960 nur noch 13% gegen 87% für die Provinz. Im Rahmen der Dezentralisierungsaktion konn-

ten in der Provinz bis 31. 10. 1960 167 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Seit 1959 ist eine deutliche Beschleunigung zu beobachten.

Raumordnungspolitische Schwerpunkte

Es bestehen einige Schwerpunkte für die französische Raumordnungspolitik. Im industriellen Sektor muß man die Bemühungen um die Errichtung von Stahlwerken an der Küste erwähnen. Dünkirchen und Calais erleben auf diese Weise direkt oder indirekt einen neuen Aufstieg. Ähnliche Versuche sind für Bordeaux, das allerdings größeren Schwierigkeiten gegenübersteht, im Gange. Straßburg, das aus verschiedenen Gründen mit einem wirtschaftlichen Niedergang zu rechnen hatte, wurde durch die großen Ölleitungen Mittelmeer—Karlsruhe—Rotterdam mit Errichtung verschiedener Raffinerien und erdölchemischer Werke geholfen. Die gleichen Ölleitungen könnten nördlich der Rhône befruchtend wirken.

Große Bedeutung messen die französischen Raumplaner außerdem der Verwirklichung des Rhein-Rhône-Kanals bei. Sie hoffen, auf diese Weise einen weiten Bezirk zwischen den beiden Strömen wirtschaftlich zu beleben.

Zwei Großprojekte in Südfrankreich verdienen nicht zuletzt Erwähnung; der Rhöneseitenkanal, der sich längs des Mittelmeeres bis an den Rand der Pyrenäen im Bau befindet, und die Bewässerung der Gascogne zwischen Toulouse und den Pyrenäen. Der Rhöneseitenkanal ermöglicht die Bewässerung von 230 000 ha und ihre Umstellung vom Weinbau auf ertragreichere Kulturen. Außerdem können größere Flächen mit der Ansiedlung von Bauern aus der Bretagne zusätzlich nutzbar gemacht werden. Hierzu kommt eine wesentlich verbesserte industrielle Wasserversorgung, so daß vor allem die Stadt Sète einen größeren Industriebezirk zu errichten vermag. Die Bewässerung der Gascogne besitzt ein noch bedeutenderes Ausmaß und kann wohl nur schrittweise verwirklicht werden. Es besteht übrigens die Absicht, dieses Projekt mit europäischer Hilfe im Rahmen der Regionalpolitik des Gemeinsamen Marktes durchzuführen.

Auf der Tagesordnung befindet sich schließlich eine Querverbindung von Genf nach dem Atlantischen Ozean, zunächst durch den Bau einer guten Verbindungsstraße. In diesem Rahmen denkt man zusätzlich auch an einen Wasserweg und ganz allgemein an eine Reihe wirtschaftlicher Entwicklungsprojekte, die durch die Schaffung günstiger Verkehrsverhältnisse und die Verknüpfung der entsprechenden Gebiete mit den für eine neue Produktion benötigten europäischen Märkten ermöglicht würden.